

Transparenz
und Verantwortung
in der Politik
Karel Schwarzenberg

Robert Bosch **Stiftung**

Transparenz
und Verantwortung
in der Politik
Karel Schwarzenberg

In Verantwortung für die Zukunft

Karel Schwarzenberg, Außenminister der Tschechischen Republik, sprach am 21. Juli 2011 in der Vortragsreihe »In Verantwortung für die Zukunft« der Robert Bosch Stiftung zum Thema »Transparenz und Verantwortung in der Politik«.

Karel Schwarzenberg beschäftigt sich im ersten Teil seines Vortrags mit dem Thema Transparenz. Er macht darauf aufmerksam, dass er den größten Teil seines Lebens »auf der anderen Seite der Barrikade zwischen Bürger und Politiker« gestanden hat. Als Mitglied verschiedener Oppositionsbewegungen hat er stets Transparenz von den Regierenden gefordert.

Obwohl nunmehr selbst Vertreter der Exekutive, setzt er sich weiter für mehr Transparenz ein. Er konstatiert, dass Politiker zunehmend an Ansehen verlieren. Dies führt Schwarzenberg vor allem auf eine »Informationsrevolution« zurück: Durch das riesige Informationsangebot des Internets (google, Wikileaks etc.), das jedermann zugänglich ist, verlieren die Politiker ihren Informationsvorsprung vor den Wählern.

Schwarzenberg spricht von einer »völlig veränderten Welt« und hält es für sinnlos, wenn Politiker versuchen, Transparenz einzuschränken. Er fordert im Gegenteil mehr Transparenz von allen, die auf der politischen Bühne stehen. Für Schwarzenberg ist Transparenz auch das »einzig wirksame Mittel im Kampf gegen die Korruption«. Denn wenn alles veröffentlicht wird, so der Außenminister, werden Bestechung und Bestechlichkeit wesentlich erschwert.

Im zweiten Teil seines Vortrags widmet sich Schwarzenberg dem Thema Verantwortung. Er beklagt, dass die »Atomisierung« der heutigen Gesellschaft zu einer mangelnden Bereitschaft der Menschen führt, Verantwortung zu fühlen und wahrzunehmen.

men. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre ist für ihn ein eindrucksvolles Beispiel. Den Zusammenbruch der Finanzwirtschaft führt Schwarzenberg auf die »völlige Abwesenheit von Verantwortung« zurück. Die ausschließliche Orientierung am Shareholder Value sowie am kurzfristigen Gewinn hat die Verantwortung gegenüber dem Anleger in den Hintergrund gerückt.

Schwarzenberg kritisiert jedoch nicht nur diejenigen, die völlig überzogene Gewinne versprechen, sondern auch jene, die auf diese Versprechen hereinfliegen. Und damit bezieht er sich nicht nur auf die Finanzwelt, sondern auch auf die Politik, wenn er sowohl die Politiker anprangert, die »das Blaue vom Himmel versprechen«, als auch die Wähler, die diesen Politikern hinterherlaufen. Schwarzenberg sieht die Demokratie in einer Krise der Verantwortungslosigkeit. Er fordert die Politiker auf, Standpunkte konsistent und prinzipientreu zu vertreten und die Wähler, ihr Wahlrecht regelmäßig und überlegt wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seien Sie herzlich begrüßt zum ersten Stiftungsvortrag in diesem Jahr. Ich freue mich sehr, dass wir diesmal den Außenminister der Tschechischen Republik, Karel Schwarzenberg, gewinnen konnten. Herzlich willkommen, sehr geehrter Herr Minister Schwarzenberg.

Besonders begrüße ich heute Abend Frau Irmgard Bosch, den Vorsitzenden unseres Kuratoriums, Herrn Dr. Liedtke, sowie weitere und frühere Mitglieder des Kuratoriums, Herrn Botschafter Jindrák, die Vertreter des Konsularischen Corps, Frau Bürgermeisterin Fezer und die Vertreter des Gemeinderats der Stadt Stuttgart und natürlich all die langjährigen, treuen Anhänger unserer Stiftungsvorträge.

»Transparenz und Verantwortung in der Politik« so haben Sie, Herr Minister, Ihren heutigen Vortrag betitelt. Es gibt Leute, die halten diese Begriffe für inkompatibel. Und das sind nicht nur Querulanten.

Ich frage mich manchmal, was wohl die Ursachen sind für die Glaubwürdigkeitskrise, in der sich die Politik oder besser viele Politiker befinden. Liegt es an den Personen, an den Institutionen oder an Strukturen? Wahrscheinlich an einem Mix aus allem. Ich denke, wir müssen uns aber auch fragen, ob es nicht zum Teil wenigstens an uns selbst, an den Bürgern, liegt.

Meine Damen und Herren, in der repräsentativen Demokratie erhalten Politiker ein Mandat auf Zeit, das sie mit Einfluss, Macht, Ansehen und Geld ausstattet. Das ist für viele attraktiv und für möglichst viele Legislaturperioden erstrebenswert. Aber alle vier bis fünf Jahre will der Wähler – sprich wir – erneut gefragt werden und ergo will der Politiker möglichst so

erscheinen, dass er von uns wiedergewählt wird. Kaum einem dürfte es ernsthaft einfallen, sich zielgerichtet so zu verhalten, dass er abgewählt wird. Das heißt aber umgekehrt auch, dass in den meisten Fällen die Politiker sich so verhalten, wie sie glauben, dass wir sie sehen wollen. Und ist es nicht so, dass wir uns von Wahlversprechen blenden lassen? Dürfen wir uns dann wundern, wenn alle Politiker uns vor den Wahlen viel versprechen, auch wenn sie wissen, dass sie diese Versprechen nicht werden einlösen können? Das Thema Transparenz und Verantwortung in der Politik ist ein weites Feld, auf dem es bei uns noch viel zu tun gibt. Eine offene und vorurteilsfreie Kommunikation zwischen Politikern und Bürgern wäre als erster Schritt äußerst hilfreich.

Für Karel Schwarzenberg, meine Damen und Herren, ist Transparenz und Verantwortung in der Politik ein zentrales Thema. Lassen Sie mich hier gleich mit einer Anekdote beginnen. Im letzten Jahr verwendete seine Partei TOP 09 im Wahlkampf ein Plakat mit dem Titel »Der Vorsitzende soll transparent sein«. Abgebildet war das Röntgenbild des Oberkörpers eines Menschen mit Pfeife, möglicherweise von Ihnen selbst, Herr Minister. Dieses Plakat, das die Transparenz bis auf die Knochen symbolisierte, war sicherlich ein Hingucker und hat bestimmt auch zum Wahlerfolg beigetragen.

Der Wunsch nach mehr Transparenz ist in der Tschechischen Republik möglicherweise schon deutlich ausgeprägter als bei uns. Die Partei von Herrn Minister Schwarzenberg hat kurz nach ihrer Gründung bei den Parlamentswahlen 2010 auf Anhieb 17 % der Stimmen gewonnen. Bei den folgenden Regionalwahlen waren es sogar 30 %. Sie, Herr Minister Schwarzenberg, als der Vorsitzende dieser Partei, haben nicht mit verlockenden Versprechen geworben, sondern im Gegenteil harte Zeiten, Sparmaßnahmen und Reformen angekündigt. Trotzdem - oder vielleicht gerade deshalb - haben Sie viele Wählerstimmen erhalten. Verantwortung in der Politik

wahrnehmen heißt eben auch, unbequem sein, heißt auch, die Staatsfinanzen zu konsolidieren und damit unpopulär zu sein. Verantwortung wahrnehmen heißt auch, zu seinen Überzeugungen stehen. Dies wird manchmal vom Wähler belohnt, wie in Ihrem Fall. Manchmal führt es auch zu gegenteiligen Reaktionen wie im Fall von Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Wahl im Jahr 2005. Ich bin aber überzeugt, dass sich langfristig Transparenz, Aufrichtigkeit, Verantwortung durchsetzen und auch vom Wähler honoriert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige wenige Worte zur Vita unseres Redners vortragen. Karel Schwarzenberg wurde am 10. Dezember 1937 als Karl Fürst zu Schwarzenberg in Prag geboren. 1948 verließ die Familie die Tschechoslowakei und ging nach Österreich, wo Karel Schwarzenberg zur Schule ging und danach Rechts- und Forstwissenschaften studierte. Schwarzenberg engagierte sich in Österreich auch politisch. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs kehrte er in die Tschechoslowakei zurück und war zunächst als Büroleiter des Präsidenten Václav Havel tätig. Er war und ist Mitglied des Tschechischen Parlaments. Er war Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und schon einmal von 2007 bis 2009 Außenminister. Seit 2010 ist er Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Tschechischen Republik. Zu seinen zahlreichen Auszeichnungen gehören der Europäische Menschenrechtspreis, den er 1989 zusammen mit Lech Walesa verliehen bekam, der Orden vom Goldenen Vlies, das Große Silberne Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich sowie das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.



Karel Schwarzenberg

Transparenz und Verantwortung in der Politik

Karel Schwarzenberg

Meine Damen und Herren,

wenn man so großartig angekündigt wird, kann man nurmehr enttäuschen. Darauf mache ich mich jetzt gefasst, denn bei solch preisenden Worten übersteigen die Erwartungen häufig das, was letztlich vorgebracht wird. Nichtsdestotrotz möchte ich versuchen, mich dem Thema anzunähern, das bei mir auf reges Interesse stößt – wobei ich dank meines recht abwechslungsreichen Lebens eigentlich großteils auf der anderen Seite der Barrikade zwischen Bürger und Politiker gestanden habe. Ich habe mich sehr viel mit Magazinen und Zeitungen auseinandergesetzt und war in manchen Oppositionsbewegungen tätig, d.h. ich war eigentlich den größten Teil meines Lebens, bevor ich jetzt in die Exekutive eintrat, auf der Seite, die immer Transparenz forderte.

Nun bin ich also ein Teil der politischen Exekutive geworden und dennoch der Ansicht, dass wir Transparenz in der Politik mehr und mehr brauchen – und aus folgenden Gründen auch nicht darum herumkommen: Wenn Sie etwas aufmerksamer in die Menschen hineinhören, dann werden Sie feststellen – ob in Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder in der Tschechischen Republik –, dass die politische Klasse als solche beständig, aber sicher an Ansehen verliert. Dieser Ansehensverlust der Politiker ist viel größer, als wir, die wir in diesem Geschäft tätig sind, uns zuzugestehen trauen. Ich bin ja nun schon etwas älter und kann mich noch gut daran erinnern, welchen Respekt und welche Verehrung die Politiker noch in den 1950er Jahren genossen haben, in Deutschland etwa Konrad Adenauer oder Theodor Heuss oder auf der anderen Seite Kurt Schumacher; in Österreich gab es Bruno Kreisky, in Frankreich De Gaulle, in Italien De Gasperi – all das waren Leute, zu denen man aufblickte, weil man ihnen großen Respekt gezollt hat. Ich traue mich zu behaupten, dass es heute in ganz Europa niemanden gibt, der

auch nur annähernd einen solchen Respekt genießt. Im Gegenteil, die zurückgehende Wahlbeteiligung, die zerbröckelnden und langsam sich verdünnenden traditionsreichen demokratischen Parteien zeugen davon, dass das Vertrauen in die Politik von Tag zu Tag geringer wird – um das zu erkennen, braucht man ja eigentlich nur in das nächste Wirtshaus zu gehen und sich mit den Leuten zu unterhalten. Für die meisten Menschen ist die nationale Politik unverständlich; man beklagt sich über »die da oben«, die man oft nicht mehr versteht. Daran sind zum Teil die eigenen Umstände schuld, zum Teil aber auch die Politiker, die sich mehr und mehr unverständlich ausdrücken; zum Teil richtet sich der Unmut natürlich noch viel stärker gegen Brüssel, das uns ja ganz fern sei und uns regiere, ohne dass wir dort ordentlich vertreten wären. Kurz und gut: Nachdem wir vor ungefähr 60 Jahren so glücklich waren, die Demokratie wiederzubekommen, durchlebt sie in Wirklichkeit eine innere Krise.

Es ist nicht zu erwarten, dass wir in dieser oder in der nächsten Generation Genies hervorbringen, die in der Lage wären, das Vertrauen im Volk zurückzugewinnen. Übrigens scheinen wirklich große Politikergestalten eher in Krisenzeiten als in längeren Phasen der Bequemlichkeit und des Wohlstands heranzureifen; sie werden »zurechtgehämmert« in großen Ereignissen wie etwa Kriegen. Doch auch in unserer heutigen Zeit haben wir etwas Entscheidendes erlebt: die Informationsrevolution. Wenn ich mir anschau, was heute ein 15-jähriger Junge, der mit seinem Computer umzugehen weiß – und darin sind die meisten 15-Jährigen viel besser als wir –, an Information zur Verfügung hat und was er alles erfährt aus der ganzen Welt – und wenn ich dies mit dem Informationsstand, mit dem wir aufgewachsen sind, und, ja, auch mit dem Informationsstand der meisten Politiker von heute vergleiche, dann ist hier ein Missverhältnis erkennbar.

Das ist der objektive Grund für den Ansehensverlust der Politiker: Sie können nicht mehr vorgeben, was sie früher konnten, nämlich dass sie über mehr Wissen oder ein höheres Wissen

verfügen. Bei jeder Frage, bei jeder politischen Rede, über die diskutiert wird, kann der besagte 15-Jährige heute mühelos den bedeutendsten Politiker entkräften, wenn er mit seinem Computer gut umzugehen weiß und sich behende durch Google und Wikileaks bewegt. Das heißt, die Aura, die einen Politiker noch vor einer, geschweige denn zwei Generationen umgeben hat, ist nun erloschen, wie vieles andere auch.

Infolgedessen können wir Politiker auch nicht mehr das Privileg beanspruchen, das zugestandenermaßen durch Jahrtausende ein Teil des Geheimnisses der Macht war, nämlich der Einbehalt von Informationen, das höhere Wissen. Wir sind dem hilflos ausgesetzt und können der neuen Lage nur so begegnen, indem wir es genau umgekehrt machen als unsere Väter und Großväter: Wir müssen den Leuten entgegenkommen, wir müssen klar darstellen, dass es kein Wikileaks braucht, damit sie über unser Denken, unsere Überlegungen das Nötige erfahren, weil wir selber es offenlegen. Das ist sehr schwierig und auch für manche Politiker ungewohnt, und es gibt immer noch viele, die glauben, dass sie Geheimnisse für sich behalten können - aber wie Sie gesehen haben, wird dies langsam technisch unmöglich. Seitdem es Wikileaks gibt, wissen wir, dass auch die diplomatische Korrespondenz einer Weltmacht kein Geheimnis mehr bleibt. Wir können heute von keinem Staatsgeheimnis behaupten, dass es längere Zeit wirklich geheim bleiben wird. Wir sind eine fast schon nackte Gesellschaft. Und damit müssen wir auch zu arbeiten lernen, wir müssen uns dem einfach stellen und nicht glauben, dass wir noch im 19. Jahrhundert sind, als Bismarck ein paar von ihm bevorzugte Journalisten zwei-, dreimal im Jahr zum Gespräch empfing und er schon damit bei der Presse ungeheuer populär wurde. Diese Zeiten sind vorbei.

Wir müssen also mit einer völlig veränderten Welt rechnen. Und ich denke, dass es deswegen sinnlos ist, wenn wir Politiker versuchen, die Transparenz einzuschränken. Natürlich wird es auch weiterhin Staatsgeheimnisse militärischer oder wissen-

schaftlicher Natur geben, so wie auch die Firma Bosch Geheimpatente besitzen mag – aber diese Geheimnisse müssen sich auf ein Minimum beschränken, auch bei der Firma Bosch. In Wirklichkeit kann sich heutzutage jemand, der mit Computerarbeit vertraut ist, alle Informationen zu Produktionstechniken, Patenten usw. beschaffen. Wir leben in einer völlig anderen Welt als unsere Großväter, wir haben es nur noch nicht realisiert – und wir wissen noch nicht, dass wir jetzt bewusst daran arbeiten müssen.

Wenn ein Politiker das Vertrauen, das man ihm entgegenbringt, auch nur halbwegs erhalten will, dann muss er auch zu seinen Ansichten stehen und sich selbst offenlegen. In der Einleitung wurde auf das Plakat hingewiesen, das ich im letzten Wahlkampf verwendet habe – das Plakat entsprang genau diesen Überlegungen, dass es nämlich auf die Dauer keinen Sinn hat, etwas geheim zu halten. Über jeden Politiker, generell über jeden Menschen, der im öffentlichen Leben steht, wird nach einiger Zeit bekannt, was er am liebsten der Welt, manchmal auch seiner eigenen Familie verborgen gehalten hätte. Wer sich dem nicht aussetzen will, der sollte besser gar nicht in die Öffentlichkeit oder in die Politik gehen. Falls er es doch tut und ihm dann eine solche Aufdeckung widerfährt, sollte er sich nicht beklagen, denn das ist heute eine automatische Folge des Lebens in der Öffentlichkeit.

Transparenz hat noch einen anderen Vorteil. Wenn man im postkommunistischen Teil Europas lebt, so weiß man, dass in diesen Ländern nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ein seltsames Phänomen aufgetreten ist. Bekanntlich waren im Kommunismus »Privateigentum«, »Zins« oder »Gewinn« verpönte Worte. Und nun passierte etwas – verzeihen Sie mir den Vergleich –, das ich in einer ganz anderen Situation im Jahr 1968 erfahren habe, als die zweifellos größte gesellschaftliche Revolution seit Jahrzehnten Westeuropa erfasste. Damals brachen innerhalb weniger Monate auch die Sextabus zusammen.

Während im »Nachkriegsbiedermeier« noch in den 1950er Jahren viele Mädchen und Jungen getrennte Schulen besuchten und man weiter versuchte, zumindest den Schein der viktorianischen Moral zu erhalten, brach das im Jahr 1968 relativ schnell zusammen. Das schöne Schlagwort »Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment« haben wir laut auf den Straßen gehört.

Ich war Zeit meines Lebens ein miserabler Schüler und Student und ging infolgedessen auf ein sehr durchschnittliches öffentliches Gymnasium in Wien, an dem Knaben und Mädchen nebeneinander lernten. Aber es gab noch sehr viele reine Mädchenschulen und -internate. Und nun war es interessant zu verfolgen, dass die Mädchen, die mit uns in der Schule waren, den neuen Freiheiten keineswegs ablehnend gegenüberstanden und sie durchaus genossen - aber sie haben sich eben nicht zu verwirrt hineingestürzt wie die Mädchen, die bis dahin sehr streng erzogen worden waren und die plötzlich dieser neuen Welt mit ihren Liebesfreuden verfielen. Manche Pastorentöchter in Deutschland hat es in ganz andere Gefilde geführt. Das war eine Reaktion auf die strenge Erziehung.

Und das Gleiche ist bei uns passiert, ob in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn oder in der ehemaligen Sowjetunion: Nachdem also Einkommen, Besitz, Zins, Gewinn verpönt gewesen waren, fiel man nun genauso hemmungslos, genauso wehrlos dem Kapitalismus anheim wie die Mädchen im Jahre 1968 der sexuellen Revolution. Und das bedeutete, dass Korruption und dubiose Geschäfte durchaus als normal galten und ganz erstaunliche Vermögen in kürzester Zeit angehäuft wurden. Solche Entwicklungen gehören nun einmal zum Leben nach Revolutionen: Alte Vorstellungen werden erschüttert und etwas Neues löst sie ab. Warum nun erzähle ich Ihnen das? Ich habe festgestellt, dass Transparenz das einzig wirksame Mittel im Kampf gegen die Korruption ist. Noch so strenge Strafmaßnahmen treffen nur diejenigen, die man erwischt, und das geschieht nur in einem

sehr begrenzten Rahmen. Wenn Transparenz hingegen so weit wie möglich umgesetzt wird, macht dies die Korruption sowohl auf der passiven wie auf der aktiven Seite viel schwieriger. Wie bei anderen Sachen im Leben herrscht auch hier ein Geben und Nehmen. Man kann nicht nur eine Seite schuldig sprechen, die Nehmer, denn auch die Geber sind an der Korruption schuld. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Was bewirkt nun Transparenz? Wenn alles veröffentlicht wird, kann man Korruption zwar immer noch nicht ausschließen, aber doch wesentlich erschweren. Und aus diesem Grund bin ich für größere Transparenz nicht nur in unseren Ländern, sondern auf der ganzen Welt.

Wir werden uns verstärkt mit Transparenz auseinandersetzen müssen. Es ist mir völlig klar, dass mit der Generation von heute der Druck, noch größere Transparenz zu erzielen, noch mehr Offenlegung zu betreiben, weiter zunehmen wird, denn diese Generation ist bereits in unserer Informationswelt aufgewachsen. Als wir jung waren, haben wir in einer Welt gelebt, in der man vieles einfach nicht gewusst hat, da es an Informationen dazu mangelte. Heute ist das völlig anders. Selbst ein winziger Computer fasst nun mal mehr Inhalt als die gesamte Bibliothek, die der alte Robert Bosch in seinem Haus gehabt hat. Dies sind die Fakten von heute.

Infolgedessen müssen wir uns damit auseinandersetzen - ob in der Politik oder in den Betrieben, womöglich auch in den Familien -, dass mit einer viel größeren Transparenz in der Zukunft zu rechnen ist. Aber nachdem ich ja selber lange Zeit auf der anderen Seite der Barrikade zwischen Bürger und Politiker gestanden habe, halte ich diese Entwicklung letztlich für einen Fortschritt. Es gibt hier und dort Fälle, bei denen die Indiskretion, das Hineinleuchten in intimste Privatverhältnisse das Leben unerträglich macht, bei denen die Zusammenarbeit im Betrieb manchmal sehr erschwert wird. Dies ist mir bewusst; das Misstrauen wird zunehmen. Dennoch halte ich Transparenz im Wesentlichen für einen Fortschritt.

Das andere Wort, das mir im Titel vorgegeben wurde, war die Verantwortung. Dieses Wort ist bekanntermaßen das Substantiv von »verantworten«, d. h. wenn ich von der Verantwortung spreche, stellt sich die Frage: Wem gegenüber muss ich mein Tun verantworten? Verantwortung erfordert etwas oder jemanden, dem gegenüber man sich verantwortet. Und hier gibt es in unserer heutigen Gesellschaft Schwierigkeiten, denn durch deren Atomisierung existieren in Wirklichkeit nurmehr sehr wenige Institutionen oder Menschen, denen gegenüber sich jemand verantwortlich fühlt, während unsere Großväter oder Urgroßväter wahrscheinlich antworteten: Gott, Kaiser, Vaterland. Ich habe kürzlich einem Politiker-Kollegen die Frage gestellt, wem gegenüber er sich verantwortlich fühlt: dem Volk, der Partei oder – weil er eher pro-europäisch gesinnt ist – Europa? Nach längerem Stottern kam als Reaktion, dass er sich natürlich in erster Linie der Familie gegenüber verantworten müsse. Das ist soweit richtig, auch zutiefst menschlich, aber für einen Politiker etwas zu wenig.

Empfinden wir überhaupt noch eine Verantwortung dem Vaterland oder auch der Nation gegenüber? Der Kaiser ist uns ja inzwischen längst entschwunden. Was ist mit dem lieben Gott, den wir zum Teil anzweifeln, zum Teil als so anonym wahrnehmen, dass wir uns ihm gegenüber nicht mehr verantwortlich fühlen – ganz im Unterschied zu unseren Vätern? Wem gegenüber müssen wir uns verantworten? Ich weiß nicht, ob Sie sich diese Frage manchmal gestellt haben. Natürlich kann man das eigene Gewissen anführen. Das ist richtig, letztlich verantworten wir unser Tun gegenüber dem eigenen Gewissen, nur sind wir damit nicht am Ende der Frage angelangt, denn dieses Gewissen wiederum sollte sich nicht nur an den individuellen Gefühlen orientieren, sondern auch an gewissen Regeln, an höheren, überpersönlichen Grundsätzen.

Jedoch hier zweifle ich, ob uns dies gelingt. Hinlänglich bekannt ist uns Politikern der Gebrauch von Phrasen, die genau das Ge-

genteil dessen bedeuten, was man sagt. Wenn ein Politiker sagt: Ich übernehme die politische Verantwortung, dann heißt das in Wirklichkeit: Ja, ja, es ist unter meiner Amtsführung passiert, aber selbstverständlich bin ich persönlich für gar nichts verantwortlich, das bei diesem Vorfall oder dieser Straftat passiert ist. Ich habe nur die politische Verantwortung, das heißt, ich habe letztlich gar keine. Infolgedessen kommt es nur in den seltensten Fällen zu irgendwelchen Konsequenzen, wenn jemand erklärt, dass er die politische Verantwortung übernimmt. Dies wird einfach bei der Pressekonferenz gesagt, und damit ist für den Betroffenen das Problem auch erledigt.

Doch zurück zur Frage: Wem gegenüber müssen wir unser Tun verantworten? Ich gestehe offen, dass es für mich schwierig ist, diese Frage angesichts der heutigen Welt zu beantworten, es sei denn, man ist ein religiöser Mensch. Aber z. B. bei der älteren Generation gab es noch eine relativ starke Bindung zum Staat, zum Land, zu dem, was unsere Väter »Vaterland« genannt haben – in der jungen Generation verschwindet diese Bindung völlig.

Versetzen wir uns doch einmal in die Lage eines jungen Menschen von heute: Wir sind geboren in der Türkei, gehen in Stuttgart auf die Schule. Wenn wir fleißig sind und einen guten Abschluss zustande bringen, beginnen wir ein Studium an der hiesigen Universität. Da wir aber ein exzellenter Student sind, stellen wir nach einiger Zeit fest, dass es besser für uns wäre, an dieser oder jener amerikanischen oder anderen ausländischen Universität zu studieren, und setzen dort unser Studium fort. Solche Karrieren unter jungen Leuten sind heute gar nicht so selten. Nun, wem gegenüber fühlt sich ein solcher junger Mensch verantwortlich? Dem Geburtsland Türkei, der Bundesrepublik und dem Land Baden-Württemberg, dem er seine schulische Erziehung verdankt, oder der amerikanischen Universität, an der er einen Post Graduate Degree erlangt hat, der ihm die große Karriere ermöglicht? Das heißt, wir müssen, so meine Überzeugung, diesen alten überkommenen Begriff der »Verantwortung«,

den ich dennoch für wesentlich halte, zukunftscompatibel machen. Ich glaube nicht, dass ein Mensch auf die Dauer ohne Verantwortung arbeiten kann, weder in der Wirtschaft noch in der Politik. Passiert es doch, führt das zu Ergebnissen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben.

Vor einiger Zeit hielt ich einen Vortrag in Berlin. Er fiel zusammen mit dem Beginn der großen Finanzkrise des Jahres 2009, und ich habe damals behauptet, dass ich diese Krise vor allem als eine moralische Krise betrachte, woraufhin ich bezichtigt wurde, esoterische Ansichten zu haben. Aber ich stehe nach wie vor zu meiner Aussage. Wenn Sie sich den Niedergang diverser Finanzinstitute anschauen, so ist der Hauptgrund dafür die völlige Abwesenheit von Verantwortung. Bei dieser Krise haben auf der ganzen Welt wirklich talentierte junge Leute um die 28 mittels ihres Computers mit Milliardenbeträgen herumgespielt, ohne dass ihnen bewusst geworden wäre, dass dieses Geld, mit dem sie spielen, ja nicht ihnen gehört, sondern ihnen anvertraut wurde. Doch das greift zu kurz; bedauerlicherweise muss man sich auch die Frage stellen, ob denn wenigstens die Chefs, Generaldirektoren, Direktoren, Aufsichtsräte usw. all dieser Institute je innegehalten haben und sich ihrer Verantwortung dem Kunden gegenüber bewusst geworden sind – oder haben sie, was in begrenztem Rahmen ja durchaus empfehlenswert ist, diese Finanzinstitute als ihre eigenen betrachtet, solange das Ganze gut lief? Und es schien ja einige Jahre ganz gut zu laufen: Die Gewinne sind explodiert, der Shareholder Value ist gestiegen, alles war bestens. Es ist etwas anderes, ob ich mich mit einem Institut identifiziere und es als das eigene ansehe – oder ob ich es so behandle, als ob es mein Eigentum wäre, für das ich niemandem gegenüber verantwortlich bin. Die Verantwortung den Kunden gegenüber war damals offensichtlich von sehr untergeordneter Bedeutung.

Interessant ist, dass dieses Phänomen weltweit zu beobachten war und nicht in einem, sondern in unzähligen Instituten pas-

siert ist – und das sollte uns auch heute noch zu denken geben. Ich möchte mich jetzt nicht näher mit der griechischen oder irischen oder spanischen Krise beschäftigen. Aber wenn wir die Probleme analysieren, erblicken wir letztlich die Verantwortungslosigkeit derjenigen, die das Geld angelegt, die Kunden beraten und mit Anleihen gehandelt haben – all dies in der Erwartung, dass eine Staatsanleihe nicht schiefgehen könne, denn irgendjemand werde das Geld doch zurückgeben. Daher hat man sorgenfrei bei diesem »Finanz-Karussell« mitgemacht, ohne auf den Gedanken zu kommen, dass es irgendwann einmal auseinanderfliegen musste.

Gestatten Sie mir also, dass ich nach wie vor auf meiner Theorie beharre, dass die Wurzel der Wirtschaftskrise der letzten Jahre, die vielleicht schon bald wiederkehrt, in Wirklichkeit eine moralische Krise war und viel weniger durch objektive Gründe verursacht wurde als die Wirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre. Denn wir haben immer noch Märkte, die aufnahmebedürftig sind und die noch Waren brauchen. Wir haben eine hochentwickelte Industrie und komplexe Finanzinstrumente. Daher gab es viel weniger objektive Gründe für eine Wirtschaftskrise – diese wurde in Wirklichkeit durch uns selbst verursacht.

Und hier kommen wir wieder zurück zum Thema der Verantwortung. Ich glaube, dass in diesen gigantischen Institutionen das Gefühl verlorenging, dass man in Wahrheit Mr. und Mrs. X gegenüber verantwortlich ist, die ihre 250.000 Dollar dort als Sparsumme anlegen. Die erste Verpflichtung eines Bankiers besteht demjenigen gegenüber, der ihm das Geld gegeben hat – und erst dann gegenüber Aktionären oder dem Aufsichtsrat. Aber im Angesicht des Shareholder Values oder des Vortreibens der eigenen Karriere war alles andere wichtiger als derjenige, der dummerweise das Geld gegeben hat. Ich meine, dass es sich lohnt, einmal darüber nachzudenken. Letzten Endes wird uns hoffentlich die erhöhte Transparenz mit der Zeit dazu zwingen, darüber nachzudenken. Ich glaube nicht an eine freiwillige

moralische Umkehr, aber durch eben diese erhöhte Transparenz wird ein klareres Bild unserer Schuld am Geschehen öffentlich werden – und dies wird uns zwar nicht dazu bringen, unsere Verantwortung zu übernehmen – das wäre freilich schön –, aber doch dazu, sie immerhin bei unserem Tun zu berücksichtigen.

Das ist keine sehr optimistische Aussicht auf die künftige Welt, aber ich denke, dass es die Welt ist, in die wir hineinsteuern. Wir selbst haben sie geschaffen, denn – wir sollten es uns ganz offen eingestehen – diese Entwicklung ist ja nicht gegen unseren Willen passiert. Uns hat kein böser Diktator dieses ganze System aufgezwungen, nein, wir haben daran sehr lange gut verdient. Wir haben uns darin im großen Ganzen wohl gefühlt, aber das System niemals hinterfragt. Und hier liegt unsere Schuld, denn es ist sehr leicht zu sagen, dass die Verantwortung »die da oben« tragen müssen, die Regierung, die Generaldirektoren, Vorstandsmitglieder, Abgeordneten usw. Sicherlich liegt ein großer Teil der Verantwortung dort – aber liegt sie nicht auch bei jedem einzelnen Bürger, der eigentlich, wenn er die Augen öffnet, die Missstände selbst sehen und die Unseriosität selbst herausfinden kann? Der Bürger, der gierig den Versprechen von angeblich realisierbaren Gewinnen glaubt, übernimmt seinen Teil an der Verantwortung genauso wie der Bürger, der den Versprechen eines Politikers glaubt und ihn wählt, obwohl sie natürlich nicht gehalten werden können. Der Bürger, der bereitwillig glaubt, dass ihm bei einer Bankeinlage in der Hintertupfinger Sparkasse ein Gewinn von 15 Prozent über zehn Jahre möglich sein wird, ist selbst schuld; er handelt verantwortungslos. Das heißt, es gibt natürlich das große Problem der Verantwortungslosigkeit »derer da oben«, aber meiner Meinung nach handelt es sich dabei heute um ein allgemeines Problem. Wir haben eine Demokratie der Verantwortungslosigkeit, und mit ihr müssen wir uns auseinandersetzen.

Was ich Ihnen hier geschildert habe, ist ja nicht gerade eine ideale Welt und nicht das, was wir uns vorstellen. Aber ich bin

überzeugt davon, dass es so kommen wird, wenn wir uns weiterhin damit begnügen, passiv über die Symptome, die Enttäuschungen, die strapazierten Staatsbudgets und die Verantwortunglosigkeit in der Wirtschaft zu klagen. Wenn wir die Verantwortung nicht selbst übernehmen, indem wir an jeder einzelnen Wahl von der Gemeinderatswahl in Hintertupfing bis zur Bundestagswahl oder zur Wahl des Europäischen Parlaments teilnehmen, dann haben wir uns die Konsequenzen selbst zuzuschreiben. Es passiert nichts, wenn wir weiter hinter Politikern herlaufen, die uns das Blaue vom Himmel versprechen, und wenn wir umgekehrt Politikern glauben, die hinter uns Wählern herlaufen und ihre Standpunkte je nach Wahlergebnis verändern, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen und feste Standpunkte zu vertreten. Das ist eine falsche Politik, denn ein Politiker, der dem Wähler hinterherläuft, sieht normalerweise eher dessen Gesäß als etwas anderes und wundert sich dann. Leider sind jedoch immer mehr Phänomene dieser Art in Europa zu beobachten: Das, was früher als eine Tugend galt, nämlich Linie zu halten, konsistent zu sein, gewisse Prinzipien einzuhalten – diese Tugend verschwindet langsam, sogar bei denen, die behaupten, dass sie konservative, alte Werte vertreten und verteidigen.

Freundlicherweise wurde unser Erfolg bei der letzten Wahl in der Tschechischen Republik angesprochen. Dennoch muss ich Ihnen gestehen, dass wir so viel moralischer als unsere Kollegen im Wahlkampf nicht waren. Die Verhältnisse in unserem Land bereiteten uns tiefe Sorge, und so beratschlagten wir – zugegebenermaßen auch bei einer guten Flasche Wein – über unser Vorgehen. Mir war völlig klar, dass es zu keinem Erfolg führen würde, wenn wir dasselbe täten wie die anderen; nur bei einem klaren Kontrastprogramm hatten wir Aussicht auf Erfolg. Glücklicherweise wählte die andere Partei weiterhin den Weg der leeren Versprechungen. Sie verschleierte dabei die wahren Verhältnisse, wie es um die Finanzen der Republik stand. Daneben hat sie verstanden, die Gefechte

der vergangenen Jahrzehnte in der Öffentlichkeit auszufechten. Dies hat uns ermöglicht, ein anderes Programm zu erarbeiten. Ich kann nicht mit Sicherheit beantworten, ob wir nicht das Gegenteil getan hätten, wenn unsere Konkurrenzparteien selbst auf die Idee gekommen wären, dass es langsam an der Zeit ist und sogar vom Bürger gewünscht wird, die Wahrheit zu sagen. Ich halte mich nicht für einen dermaßen vorbildlichen Charakter. So haben wir denn Glück gehabt, dass es so gelaufen ist.

Karel Schwarzenberg

- 1937 geboren in Prag
- 1943 Übersiedlung nach Österreich
- 1965 Übernahme und Management der Schwarzenberg'schen Besitzungen
- 1984-1991 Präsident der Internationalen Helsinki-Föderation für Menschenrechte
- 1988-1991 Präsident des Kuratoriums des Joanneums
- 1990 Vorsitzender des Advisory Board von Präsident Havel
- 1990-1992 Kanzler der Kanzlei des Präsidenten der ČSFR (Tschechische und Slowakische Föderative Republik)
- 2005 Senator des Tschechischen Senats
- 2007-2009 Außenminister der Tschechischen Republik
- Seit Juli 2010 Außenminister der Tschechischen Republik

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Gebiete:

- :: Gesundheit und Wissenschaft
- :: Gesellschaft und Kultur
- :: Völkerverständigung Westeuropa, Amerika, Türkei, Japan, Indien
- :: Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China
- :: Bildung und Gesellschaft

Zur Stiftung gehören in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Foto: Susanne Kern
Oktober 2011

Robert Bosch Stiftung GmbH
Heidehofstraße 31
70184 Stuttgart
info@bosch-stiftung.de
www.bosch-stiftung.de

© 2011 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-939574-26-2